

Franz Josef Strauß

Wir können siegen, wenn wir siegen wollen und wir werden siegen

Ein recht herzliches Wort des Grußes im Namen der gesamten Christlich Sozialen Union, deren Parteiausschuß gemäß unseren Satzungen am letzten Samstag ebenfalls dem gemeinsamen Wahlkampfprogramm einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zugestimmt hat.

Ein herzliches Wort des Dankes für die Einladung und ein besonders herzliches Wort des Dankes für den Empfang, der mich nicht nur an CSU-Verhältnisse erinnert, sondern eigentlich schon darüber hinausgeht.

Ein herzliches Wort des Dankes dem Bundesparteivorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, der nach langer und gründlicher Vorbereitung durch Mitarbeiter der beiden Unionsparteien mit mir gemeinsam diesem Wahlkampfprogramm die letzte, abschließende und, wie wir sehen, einstimmig eingesegnete Fassung gegeben hat, der auch in seiner Rede im Deutschen Bundestag genauso wie in seiner Rede gestern das politische Ziel, auch das politische Angriffsziel, nämlich die SPD und Helmut Schmidt — die beiden Begriffe können nicht voneinander getrennt werden —, aufgewiesen hat.

Dieser Parteitag ist ausgewiesen worden als ein Parteitag der Ermutigung für die Union. Hässische Stimmen oder auch journalistische Persiflage hat daraus gemacht: „Parteitag der Ernüchterung“. Ich greife dieses Wort auf: Das wird der Parteitag der Ernüchterung des deutschen Volkes über Helmut Schmidt und die SPD.

Das wird der Parteitag der Götterdämmerung werden, in der den für die Fehlentwicklung der letzten zehn Jahre Verantwortlichen die Masken vom Gesicht genommen werden; denn diese Ernüchterung des deutschen Volkes über Helmut Schmidt und seine Partei, eine unteilbare Einheit, ist notwendig, wenn wir Frieden und Freiheit für die Zukunft dieses Jahrhunderts, für die nächste Generation und weit in das nächste Jahrhundert hinein sichern wollen.

Man sagt von jeder Wahl, daß sie die entscheidende sei, daß sie schicksalswendend sei. Das gehört zum Wahlkampfstil, das gehört auch zu dem Thema Mobilisierung der eigenen Anhänger, Mobilisierung der gewinnbaren Wähler. Wir sollten uns aber darüber hinaus bei dieser Bundestagswahl genauso wie bei der des Jahres 1949 darüber im klaren sein, daß wir mit Eintritt in das neunte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in ein drittes krisenbedrohtes Jahrzehnt eingetreten sind, und daß die Weichen, die in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr gestellt werden, für die Zukunft Deutschlands und Europas von ausschlaggebender, langfristiger historischer Bedeutung sein werden.

Ich habe nicht die Absicht, hier Vergangenheitsforschung oder Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Ich habe im Zusammenhang mit den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen von regionalen Rückschlägen gesprochen.

Wer die Geschichte der Union seit den ersten Wahlen des Jahres 1946 kennt, und zwar der Union in ihren beiden Unionsparteien, der kennt Aufstiege und Rückschläge, der kennt Erfolge und Mißerfolge, der kennt den Wellenschlag von Höhen und Tiefen und der ist deshalb frei von der Gefahr, hektisch zu reagieren, kleingläubig und kleinmütig zu verzagen und für die Zukunft ein resignativ-fatalistisches Verhalten an den Tag zu legen. Wir haben keinen Grund dafür!

Ohne Zweifel ist die naturgemäß angesetzte Meßlatte der Wahlergebnisse von 1974 bis 1976 auch nicht der richtige Dauermaßstab. Ich möchte hier nicht in Einzelheiten gehen, weil die Zeit einerseits und die Fülle des Stoffes andererseits das nicht erlauben, aber es gibt weder für Erfolge noch für Rückschläge monokausale Erklärungen, die alles auf einen einzigen Grund zurückführen wollen. Wer monokausal denkt, hat einen beschränkten Horizont und außerdem keine Phantasie. Monokausale Erklärungen sind weder hilfreich noch aufschlußgebend noch weiterführend.

Es hat auch keinen Sinn, etwa irgendwelche Schuldzumessungen vorzunehmen, die nicht der Selbsterkenntnis dienen, sondern nur dem politischen Gegner und seiner Presse.

Man muß natürlich nachdenken — und das ist der erste wichtige Anhaltspunkt, der auch weiterhilft, warum die SPD — Helmut Kohl hat gestern schon darauf hingewiesen, wie ich eben gehört habe — mit nur 100000 Stimmen mehr gegenüber der letzten Landtagswahl 3,3 Prozent der Stimmen dazugewinnen konnte und damit die absolute Mehrheit der Mandate. Sie hat im übrigen 0,3 Prozent weniger, als die CDU und CSU gemeinsam 1976 bei den Bundestagswahlen hatten, nämlich 48,4 statt 48,7 Prozent, wie wir sie hatten.

Man muß auch nachdenken, warum die FDP ganz herausgefallen ist. Sie scheint unfähig zu sein, wenn ich an die letzten Äußerungen Genschers denke, daß die FDP im Oktober mit der SPD wieder durch dick und dünn gehen wolle. Die FDP zieht nicht die Schlußfolgerungen und begreift nicht die Lehren, die ihr das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen bietet. Aber: wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit.

Die CDU hat in Nordrhein-Westfalen bei unterschiedlich hoher Wahlbeteiligung — je nach den Regionen — 600000 Stimmen weniger als das letztmal bekommen, d.h. es gibt viele potentielle CDU-Wähler, die gewinnbar sind und die in dieser Reserve von 600000 stecken und darüber hinaus vorhanden sind.

Genauso wichtig ist aber die Feststellung, daß die SPD 400000 Stimmen in Nordrhein-Westfalen weniger bekommen hat als bei der letzten Bundestagswahl, obwohl sie den Landtagswahlkampf ausschließlich als Bundestagswahlkampf geführt hat. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat letzteres bewußt nicht getan, aus Gründen, die Kollege Biedenkopf gestern erklärt hat.

Ich möchte jetzt — mehr der Ironie wegen — sagen, daß die CDU bei den letzten Bundestagswahlen in vielen Ländern weniger absolute und prozentuale Stimmenzahlen hatte als bei den vorangegangenen Landtagswahlen. Daraus ist zu schließen, daß die CDU-Ministerpräsidenten durch ihre Landespolitik das schlechtere Wahlergebnis verschuldet hätten, wäre genauso unsinnig und ungerecht wie die Behauptung, die Bundespolitik der Union habe die besseren Landtagswahlergebnisse verursacht.

Einem Kalender habe ich entnommen, daß es in England ein Gesetz von 1667 gegeben hat, nach dem Wetterpropheten bei falschen Prognosen öffentlich verbrannt wurden. Dieses Gesetz ist erst im Jahre 1978 aufgehoben worden.

Wie gut, daß es bei uns kein solches Gesetz für Meinungsbefragungsinstitute gibt!

Lassen Sie mich einer sehr interessanten Studie, die ich gestern erst bekommen habe, eines renommierten, uns gegenüber aber nicht gerade mit Freundlichkeit überlasteten Instituts — „Politogramm, Infas-Report, Analysen und Dokumentare zur Landtagswahl am 11. Mai 1980“ — etwas entnehmen, was ich mit wenigen Sätzen wörtlich zitiere: *Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen waren die letzten in der Serie der Landtagswahlen der laufenden Legislaturperiode. Werden die Ergebnisse all dieser Wahlen zusammen gerechnet, ergibt sich folgende Verteilung: 48,7 Prozent für die CDU/CSU, 4,5 Prozent für die SPD, 5,9 Prozent für die FDP und 3,9 Prozent für die anderen Parteien.*

Wenn man diese Zahlen eines, wie gesagt, uns gegenüber nicht gerade mit Freundlichkeit überfrachteten, aber in seiner Wissenschaftlichkeit hochangesehenen Instituts — nur diese habe ich jetzt wörtlich zitiert — zugrunde legt, dann besteht doch nicht der geringste Grund für Kleinmütigkeit, für Kleingläubigkeit und für all das resignierende und fatalistische Gerede, das wir in den letzten Tagen gehört haben.

Ich verlese den zweiten Absatz wörtlich: *Das Bild, das im Vergleich zu 1975 entsteht, läßt wenige an einen Erdrutsch denken. Eher könnte man sich Höhen und Tiefen vorstellen, in denen der Pegel des Wassers absinkt, so daß von den höheren Bergen mehr*

absinkt, so daß von den höheren Bergen mehr herauskommt und einige Inseln neu auftauchen.

Dann ist die Rede davon, welche Vorteile die SPD aus den ihr nach dem Gesetz an sich zustehenden politischen Zuständigkeiten aus der politischen Verantwortung sowie aus der entsprechenden Verfälschung der Thematik gezogen hat.

Zum Schluß finden wir eine Feststellung, die wir immer ernst nehmen sollten, ganz gleich, wie hoch ihr Richtigkeitsgrad ist. Es wird nämlich gesagt, daß nach Meinung von 37 Prozent der Befragten die SPD den besseren Wahlkampf geführt habe, während 17 Prozent der Meinung waren, die CDU habe den besseren Wahlkampf geführt. Gut, das ist eine sehr subjektive Beurteilung. Aber subjektiv hin oder her, — wir ziehen unsere Lehren daraus.

Nur, wenn der politische Gegner, ermutigt auch durch törichte oder ungeschickte Äußerungen aus den eigenen Reihen, von einer Personaldiskussion spricht und sie damit ja erst entfesseln will und von der Notwendigkeit der Unaufhaltsamkeit personeller Änderungen spricht, dann doch nicht deshalb, weil er der Union bessere Chancen verschaffen will, sondern weil er sich einen leichteren Bundestagswahlkampf und damit größere Aussichten erschleichen will.

Deshalb ein herzliches Wort des Dankes an die Redner von gestern, an Helmut Kohl, an Kurt Biedenkopf, daß sie diesen törichten Ansätzen zu einer nur dem politischen Gegner dienenden Personaldiskussion — hintergründig angeheizt, falsch interpretiert und der falschen Seite Auftrieb gebend — eine klare und eindeutige Absage erteilt haben.

Ich bitte auch um Verständnis, wenn ich etwas nicht mache, was Sie auch gar nicht erwarten, mich hier nämlich etwa persönlich vorzustellen. Wenn sich jemand, der seit 1947 bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU — nach meiner Erinnerung in Kronberg in Hessen — in der vordersten Linie der Politik gestanden hat, mit allen Höhen und Tiefen, mit allen Licht- und Schattenseiten, mit allen Fortschritten und Rückschlägen, mit allen Vorteilen und Schwächen, vorstellen würde, dann würde er das mit nur den Eindruck erwecken, als ob er „fishing for compliments“ unternehmen würde. Sie kennen mich. Ich werde meine politische Ansicht wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft offen sagen. Ich denke, was ich sage; ich sage, was ich denke; und wir tun, was wir sagen.

Wenn andererseits der Gegner die landespolitischen Probleme im buchstäblichen Sinne des Wortes einfach links liegen läßt und unter der ebenso dummen wie gemeinen Alternative „Krieg oder Frieden“ der CDU die Position Krieg und der SPD die Position Frieden zuweisen will, dann ist es höchste Zeit, sich das nicht mehr gefallen zu lassen, dann ist es höchste Zeit, zurückzuschlagen und mit gleichen Mitteln der Wahrheit einen Weg zu bahnen und damit der Verbreitung dieser Lüge Einhalt zu gebieten.

Die Urheber dieser Lüge sind die Brunnenvergifter. Sie sind auch Feinde des demokratischen Grundkonsensus. Ohne demokratischen Grundkonsensus kann diese Gesellschaft

in ihrer Leistungsfähigkeit, in ihrer inneren Zuordnung und unter Bewahrung ihrer Werte nicht erhalten werden. Wir können die SPD nur warnen, diesen Weg erneut zu begehen. Einmal haben wir sie schon zur Umkehr gezwungen.

Wer die Wahlkämpfe der 50er Jahre, auch die damaligen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, erlebt hat, hat ganz genau in Erinnerung, daß man damals der CDU/CSU, weil sie für die Aufstellung der Bundeswehr war, weil sie für den Eintritt in die NATO war — beides mit der ihr zu Gebote stehenden parlamentarischen Mehrheit, damals noch unterstützt von der FDP, auch von der DP, solange sie existierte — zum Durchbruch verholfen hat, ebenfalls weil sie damals die Einführung moderner Waffensysteme in der Bundeswehr — und zwar schon im Frühjahr 1958 — durchgesetzt hat, von allen Litfaßsäulen, von allen Gartenzäunen und von allen Hauswänden schon damals auf Plakaten entgegenhielt: SPD wählen, bevor es zu spät ist! SPD wählen, bevor die Bombe fällt! —

Wer mit dem Leid der Vergangenheit und mit der Angst vor einem zukünftigen Krieg politisches Schindluder treibt, zerstört den politischen Grundkonsensus und ist ein Brunnenvergifter.

Wir sollten nicht mit vorwurfsvollem oder gar mit anklagendem Finger auf die weisen, die sich, sei es bei unseren Versammlungen — wir haben es zur Genüge in Essen im letzten Jahr, in Bremen bei der feierlichen Gelöbnisablegung der Bundeswehr oder jetzt in Berlin erlebt —, zusammenrotten und Gewalttaten begehen.

Wir sollten auf diejenigen Schauen, die hinter ihnen als intellektuelle Täter, propagandistische Anstifter und emotionale Hetzer dafür verantwortlich sind, daß junge Leute verführt werden können.

Ist es denn ein Wunder, daß linke Revolutionsideologen, marxistische Bürgerkriegshetzer, radikale Gewalttäter Zuzug von Tausenden erhalten, die doch angeblich nur für den Frieden kämpfen wollen? Wer dem politischen Gegner die Marke „Krieg“ anheften will, wer ihm nicht die Liebe zum Frieden und die Fähigkeit zum Frieden zuerkennen will — und dies angesichts der Vergangenheit von 1949 bis 1969 —, stellt die Lüge bewußt in den Dienst der politischen Propaganda.

Ich kann hier meine Meinung nicht verschweigen: Die Kommunisten sind die Stehler, aber linke Sozialdemokraten sind die Hehler in diesem Geschäft.

Ich habe ausdrücklich gesagt: linke Sozialdemokraten. Ich möchte nicht mißverstanden werden, weil ich vor der großen Tradition der SPD, die durch die Namen von Friedrich Ebert, Gustav Noske, Wilhelm Hoegner und auch Waldemar von Knoeringen in Bayern gekennzeichnet ist, einen großen Respekt habe. Diesen Respekt zolle ich auch dem politischen Gegner.

Ich zolle ihn auch den lebenden Sozialdemokraten, die allerdings immer leiser, immer stummer werden, immer mehr in den Hintergrund treten, weil die Linksradikalen in der SPD sich wie das Unkraut ausbreiten. Ich kenne die heutige SPD-Bundestagsfraktion.

Ich habe auch mit Sorgfalt die Kandidatenaufstellung für die nächste verfolgt. Ein Drittel der bisherigen Abgeordneten der SPD wird nicht wiederkommen. An ihrer Stelle kommt ein neues Drittel; es werden um die 70 sein. Von diesem neuen Drittel sind mindestens drei Fünftel Anhänger des linksradikalen Flügels. Das ist die Garnitur, für die Namen wie Henning Scherf, Thüsing, Coppik, Hansen usw. stehen. Verfolgen Sie einmal, wer bei den Jungsozialisten in den Startlöchern steht, um in den Bundestag 1984 einzuziehen! Wir müssen hier ja langfristig denken. Wir müssen hier in Entwicklungsprozessen denken.

Wir müssen sehen, was in den 80er Jahren auf uns zukommt. Die SPD wird dann mit dem Gedankengut der Herren Schumacher, Ollenhauer und Erler nichts mehr gemeinsam haben!

Mit diesen Herren haben wir sicherlich harte und härteste politische Kämpfe bestritten. Das kann ich wohl gerade auch von meiner Person mit großer Glaubwürdigkeit im Rückblick auf die 50er und 60er Jahre sagen. Auch in den 70er Jahren haben wir mit den Nachfolgern der genannten Herren solche Kämpfe bestritten.

Damit entsteht für die Bundesrepublik heute eine geschichtliche Situation: Wenn wir die SPD heute von der Macht ablösen, hat sie die Fähigkeit zur Regeneration. Wenn die SPD an der Macht bleibt, werden die Linken die weniger Linken, deren Zahl in der SPD ständig zurückgeht, mehr und mehr erpressen.

Unter dem drohenden Druck des Zusammenhalts der Machtposition wird eine Regeneration dieser Partei im Sinne einer Politik der Vernunft, der Wirklichkeit und der Erfahrung dann immer unwahrscheinlicher und unmöglicher werden.

Ich habe immer eine Politik des Friedens in Freiheit, eine Politik des Friedens und der Freiheit zu meiner politischen Leitlinie gemacht. Ich habe diese Politik mitgeschaffen, mitdurchgesetzt, mitgetragen. Alles, was gegen eine Politik des Friedens und der Freiheit, gegen eine glaubwürdige Politik der Verhinderung des Krieges, was gegen Bundeswehr und NATO ist, was in Abrüstung nur ein Mittel zur Unterstützung der Machtpolitik der Sowjetunion sieht, was die Bindungen zu den USA aufgeben und in engere Bindungen zu Moskau eintreten will, was für die Veränderung unserer Gesellschaft eintritt und gegen eine Freiheit in Ordnung und Bindung an das Recht marschiert, Gewalttat bis zur Grenze des Mordes begeht und heimlich zum Teil schon darüber hinausdenkt, wobei ich an gewisse Inschriften der letzten Wochen denke — all das steht doch in Front der Kampagne „Stoppt Strauß“. Das ist eine schlechte Nachbarschaft für die SPD.

Dazu kommen die vielen Helfer und Mitläufer, die — von der SPD verführt — nicht wissen, was sie tun.

Man sollte ruhig den Bundesparteitag der CDU und die Möglichkeit, vor diesem großen Kreis zu sprechen, auch dazu benutzen, um der Öffentlichkeit einmal die Augen dafür zu öffnen, wer denn hinter dieser Kampagne steht. Ich könnte jetzt stundenlang Zitate verlesen. Ich will Sie damit verschonen.

Hinter dieser Kampagne steht zum einen die Deutsche Kommunistische Partei. Hinter ihr stehen deren Nebenorganisationen und die von ihr beeinflussten Vereinigungen.

gen, z.B. Bund Demokratischer Wissenschaftler, die Vereinigung Demokratischer Juristen, die Deutsche Friedensgesellschaft, die Vereinigten Kriegsdienstgegner, das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, in dem leider nicht nur Kommunisten und Mitläufer, sondern auch Sozialdemokraten mitwirken. Hinter der Kampagne steht der DKP-beeinflußte Presseausschuß Demokratische Initiative, der laut Urteil des Landgerichts Stuttgart als kommunistische Tarnorganisation bezeichnet werden darf. Dahinter stehen auch solche, die glauben, ihre Namen in der deutschen Literatur verewigen zu müssen.

Ich halte etwas von der deutschen Literatur — nicht nur in der Vergangenheit, auch in der Gegenwart. Allerdings halte ich mehr von denen, die die Tradition des großen Geistes und seiner Leistungen bei uns fortsetzen und nicht eine Kultur der Fäkaliensprache, eine Kultur der Pornographie, eine Kultur der Zerstörung aller Werte und eine Kultur der Verhöhnung unserer Sprache eintreten. Und am allerwenigsten lassen wir uns von einem sogenannten Schriftsteller Lehren erteilen, der vom rechten Scheckbetrüger zum linken Sittenverderber geworden ist. Dazu kommen das Sprachrohr der Deutschen Friedensunion, die „Deutsche Volkszeitung“, und das Organ des Marxistischen Studentenbundes Spartakus, die „Roten Blätter“. Dazu kommen die sogenannte neue Linke, die KPD/ML, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP und als gewalttätiger Kern auch der Kommunistische Bund Westdeutschlands.

Dazu kommen auch Kräfte aus dem terroristischen Umfeld, wie schon bestimmte Aktionen in Nordrhein-Westfalen oder hier in Berlin ergeben haben. In Berlin bekennen sich auch die autonomen Zellen zu einigen Anschlägen. Leider stehen auch Teile des DGB im Wahlkampf gegen uns.

Wir erwarten vom DGB wahrlich nicht, daß er ein Sprachrohr der CDU/CSU sein solle. Wir erwarten vom DGB, daß er alle politischen Parteien nur unter dem Gesichtspunkt prüft: Wer ist ehrlicher, erfolgreicher, anständiger und aufgeschlossener gegenüber den wirklichen Interessen, Notwendigkeiten und Belangen unserer Arbeitnehmerschaft? Diejenigen, die ich eben genannt habe, sind die Hilfstruppen Helmut Schmidts. In deren Reihen marschieren viele seiner linken Genossen mit. Das sind die Gewalttäter, die auf meinen Versammlungen in Essen und Bremen und bei der Gelöbnisfeier der Bundeswehr in Bremen und beim Bundesparteitag der CDU in Berlin in Erscheinung getreten sind. Beim Bundesparteitag der CDU konnten allerdings dank einer guten Polizeiorganisation keine nennenswerten Störungen oder Gewalttätigkeiten durchgesetzt werden.

Ich möchte hier aber sehr summarisch sagen: So darf es nicht weitergehen.

Der Rechtsstaat verkommt allmählich unter der Herrschaft der Sozialdemokraten.

Was haben wir an rechtspolitischen Vorschlägen im Laufe der letzten Jahre im Deutschen Bundestag gemacht! Wie oft haben wir gebeten, das Versammlungsgesetz und das Demonstrationsrecht so zu ändern, daß die Polizei wieder einer erfüllbaren Aufgabe gegenübersteht und nicht immer blutige Opfer in riesiger Zahl zurücklassen muß, um ihrer Aufgabe zu genügen.

Hat denn nicht der Bundeswehr-Generalinspekteur Brandt in seinem Brief an den Herrn Bundesverteidigungsminister die Gruppen genannt, und zwar schon lange, bevor blutige Gewalttaten verübt worden sind: den Kommunistischen Bund Westdeutschlands, die DGB-Jugend, die IG Metall, ÖTV, Schülervertretungen der Hansestadt Bremen, Betriebs- und Personalräte, Jusos, Bremer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke? Das ist nicht meine Erfindung. Ich verfüge nicht über diese Informationen. Das hat der Generalinspekteur der Bundeswehr, der sicherlich dieser Bundesregierung und ihren politischen Kräften sehr nahesteht — aber das ist für uns gleichgültig, solange er seine Aufgabe erfüllt —, rechtzeitig den politisch Verantwortlichen mitgeteilt.

Wir bestehen darauf: Unsere Soldaten müssen sich überall, ob einzeln oder bei Gemeinschaftsveranstaltungen, in der Öffentlichkeit sehen lassen können.

Es ist doch der Polizei nicht mehr zuzumuten, bei jeder größeren Bundeswehrveranstaltung oder bei jeder politischen Veranstaltung normaler Demokraten Dutzende bis Hunderte von blutigen Opfern hinzunehmen. Daß es nicht noch schlimmer geworden ist, das verdanken wir nicht zuletzt — ich möchte sagen: ganz weit vorne — unserer Polizei in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik Deutschland!

Wir sind alle, gleichgültig ob die Älteren, die einen Polizeistaat kennengelernt haben, oder die Jüngeren, die ihn aus der Beobachtung der Verhältnisse jenseits der Demarkationslinie kennen, geschworene und leidenschaftliche Gegner eines Polizeistaates — ohne Wenn und Aber.

Aber gerade ein demokratischer Staat, der die Schwachen schützen muß, der die Gewaltlosen sichern muß, braucht eine starke und funktionsfähige Polizei. Dafür stehen wir. Und wir sagen dieser Polizei nicht nur Dank, sondern wir werden ihre Aufgabe gegenüber Gewalttätern und Extremisten — ob von links oder von rechts spielt für mich keine Rolle — wieder erfüllbar machen.

Darüber darf nicht die unglaublich hetzerische Rolle von „Radio Bremen“ bei diesem Vorgang vergessen werden.

Dazu gehört auch die Hetze eines Filmregisseurs, der einer der hauptverantwortlichen Informationsstrategen — lange Zeit von Willy Brandt gedeckt — der „Roten Armee Fraktion“ ist. Dieser Informationsstrategie der „Roten Armee Fraktion“ hat gegen diese Bezeichnung durch einen Kollegen aus der Bundestagsfraktion geklagt. Das Oberlandesgericht München hat am 6. November 1978 letztinstanzlich entschieden, daß dieser Filmregisseur — mit Zustimmung des Gerichtes — einer der hauptverantwortlichen Informationsstrategen der „Roten Armee Fraktion“ genannt werden darf. Es ist derselbe, der zum Beirat des „Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ gehört, einer Zeitung, die Sie wahrscheinlich nicht kennen, weil sie aus der Subkultur kommt, einer kommunistischen Hetzpublikation. Dieser Hetzer hat den Film „Der Kandidat“ gemacht.

Ist es nicht ein Zeichen mangelnder Aufmerksamkeit auf unserer Seite, daß die Filmbewertungsstelle der Länder mit der Zusammensetzung der Kommission es ermög-

licht hat, daß dieser Informationsstrategie der „Roten Armee Fraktion“, dieses Beiratsmitglied einer kommunistischen Hetzzeitung, für diesen Film das Prädikat „Besonders wertvoll“ bekommen hat? Das geschah doch nicht deswegen, weil der Film das Prädikat verdient hätte — fragen Sie nur diejenigen, die ihn ohne Scheuklappen gesehen haben —, sondern deswegen, weil wir zu gutmütig, zu arglos, zu harmlos und manchmal auch zu verschlafen sind.

Haben wir nicht genug aufgepaßt oder geschlafen? Kommen wir so weiter? Können wir so weiter alles über uns ergehen lassen? Nein. Dagegen muß auch mit anderen Mitteln als bisher vorgegangen werden. Ich rede hier nicht von gewalttätigen Mitteln — wie andere uns gerne unterstellen wollen. Es geht um unsere Bürger — und „unsere Bürger“ beschränkt sich heute nicht auf eine soziologische Schicht im Plüschsofa und mit Nippes auf der Kommode, unsere Bürger sind unsere Arbeiter, genauso wie die Beamten, die Handwerker, die Einzelhändler, die Industriellen, die Wissenschaftler, die Techniker und genauso wie die Angehörigen der freien Berufe.

Beim letzten Bundesparteitag der SPD in Berlin hier hat einer ihrer Starredner, ein Philosophieprofessor, überdeutlich bewiesen, wie diese Partei heute tatsächlich denkt. Mit seinen Attacken gegen unsere, von ihm als „FDGO“ — durch Abkürzung — bewußt herabgesetzte freiheitlich-demokratische Grundordnung vermittelte er, so berichtete fast die gesamte Presse, den Delegierten geradezu ein Hochgefühl, das sie zu regelrechten Begeisterungstürmen hinriß. Das ist nicht ein Vorgang folkloristischer Art, nicht ein Vorgang humoristischer oder kabarettistischer Art — obwohl manche Veranstaltungen der SPD mehr an Kabarett als an Politik erinnern; aber da möchte ich ein gutes Kabarett haben und nicht schlechte Politik, verhüllt in kabarettistische Tarnung!

Wenn jemand bei uns die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die wir uns mit Hekatomben von Blut und Tränen im Dritten Reich, nach dem Dritten Reich und besonders während des Krieges erkämpft, erkaufte, erarbeitet und erlitten haben, in dieser höhnischen, spöttischen Weise herabsetzt und dafür Begeisterungstürme erntet, dann merkt man erst, wie groß das umstürzlerische, kulturevolutionäre Potential bei den Delegierten dieser SPD in Wirklichkeit ist. Hier sind wir immer noch viel zu harmlos gewesen.

Wir müssen mit größerer Geschlossenheit und stärkerer Entschlossenheit, mit dem energischen Willen, unseren Staat vor der Volksfront zu schützen, einen SPD-Staat zu verhindern — wie Kollege Geißler gestern mit Recht gesagt hat —, vorgehen.

Ohne Zweifel arbeitet die SPD in manchen Bereichen aktiver. Sie hetzt mit Unterstützung von Hilfstruppen, die zum Teil aus der politischen Unterwelt und schriftstellerischen Subkultur kommen — so auch der genannte Professor —, unaufhörlich gegen die Union und mich. Wahrscheinlich will sie der Union zuliebe einen anderen Kanzlerkandidaten, dem es übrigens genauso ergehen würde wie mir.

Nordrhein-Westfalen war nicht Erdbeben, nicht Erdbeben, nicht Menetekel, sondern es war für uns eine höchst hilfreiche Erfahrung, aus der wir unsere Lehren ziehen müssen, ziehen können und ziehen werden.

Wir brauchen verstärkte Aufklärungsarbeit von Bürger zu Bürger, in der unmittelbaren Ansprache der Menschen. Wir brauchen auch mehr Material — das sage ich für beide Unionsparteien —, von oben nach unten, und zwar ohne Bezahlung, so, daß es unseren unteren Verbänden in ausreichender Menge zur Verfügung steht, damit sie arbeiten können.

Wir brauchen mehr Einwirkung auf den kleinen Mann, dessen Psychologie man kennen muß, mehr unmittelbare Verbindung zu den breiten Schichten unseres Volkes, mit Würdigung ihrer Probleme, in einer verständlichen Sprache und mit glaubwürdiger Einsatzbereitschaft. Die Union muß Kampfpartei sein und, wo sie es nicht ist, werden.

Ich kenne den Werdegang politischer Parteien. Ich habe am Werdegang der Partei, deren Vorsitzender ich nunmehr seit 19 Jahren bin, buchstäblich vom ersten Tage an bis heute, da Gott mir die Gesundheit und die Kraft dafür gegeben hat, immer an vorderster Stelle — vom Generalsekretär bis zum Landesvorsitzenden — arbeiten können. Jede Partei muß im ganzen Bundesgebiet, wo sie unterschiedliche Stärken und unterschiedliche Schwächen hat, eine Kampfpartei sein. Unsere beiden Unionsparteien müssen Kampforganisationen werden. Die Zeit für Vereinsmeierei ist angesichts der Zeichen der Zeit endgültig vorbei.

Eine politische Partei braucht ein Grundsatzprogramm — CDU und CSU haben eines —, sie braucht auch ein Aktionsprogramm; häufig ist das ein Wahlkampfprogramm.

Ich habe allerdings bei aller Wertschätzung für Programme und bei regelmäßiger persönlicher Mitarbeit an ihnen — vor allen Dingen in der Endphase — meine Zurückhaltung gegenüber der Wirkung von Programmen erklärt. Programme sind unentbehrlich. Aber ihre Wirkung ist nicht stärker als die persönliche Glaubwürdigkeit, die persönliche Kompetenz und die persönliche Autorität und die Geschlossenheit derer, unter deren Namen dieses Programm läuft.

Es ist selbstverständlich, daß man geschlossen zu diesem Programm steht. Es ist aber unerlässlich, es ist notwendig, es ist entscheidend, daß man die volle Identität zwischen Programm und dem Politiker, der die in diesem Programm verkündete Politik durch seine Richtliniengewalt in die politische Wirklichkeit umsetzen soll, auch im vollen persönlichen Einsatz und mit offenem Bekennermut glaubwürdig macht. Bekenntnisse zum Programm ohne die Person nützen nichts; sie dienen eher der Verwirrung und der Unsicherheit.

Wer Person und Programm trennen, wer Politiker und Partei auseinanderreißen will, betreibt die Niederlage der Union und auf längere Sicht ihre Ausschaltung als gestaltende und maßgebende politische Kraft.

Ich will nicht zu den verschiedenen Zeitungsmeldungen Stellung nehmen, sondern nur mit wenigen Sätzen den Ablauf der Dinge klarstellen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß durch diesen oder jenen Umstand, durch Zeitmangel oder durch Überlastung die Vorlage dieses Programms mit Verzögerung erfolgt sei. Weder in Baden-Württem-

berg, noch im Saarland, noch in Nordrhein-Westfalen hat ein einziger Wähler gesagt: „Ich hätte eigentlich die CDU wählen wollen oder ich wäre zur Wahl gegangen und hätte die CDU gewählt, so aber tue ich es nicht — ich wähle entweder die SPD oder ich gehe nicht zur Wahl —, weil das Programm noch nicht vorliegt.“ *Difficile est satiram non scribere.*

Es war die gemeinsame Überzeugung von Helmut Kohl und mir — allerdings auf Bitten unserer Freunde aus Nordrhein-Westfalen —, dieses Programm nicht vor dem Wahltag in Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Es sollte unverzüglich nach dieser Wahl vorgelegt werden, wie es am 13. Mai in der Pressekonferenz in Bonn — geschehen durch Helmut Kohl und mich — erfolgt ist.

Dasselbe gilt auch für die Wahlkampfmannschaft. Es war die gemeinsame Auffassung der Wahlkampfkommission, kein Schattenkabinet, sondern eine Wahlkampfmannschaft aufzustellen, die die ganze Breite und Tiefe der Politik der Union durch die persönliche Glaubwürdigkeit, durch Autorität und Kompetenz derer, die in dieser Mannschaft enthalten sind, auch der Öffentlichkeit gegenüber verständlich und überzeugungskräftig darstellen soll.

Hier geht es nicht um Ämter und Orden. Hier geht es um Bekennermut, um Risikofreude, um Engagement, um Sachkunde mit Kompetenz und Autorität und notfalls auch um die Bereitschaft, sich austauschen zu lassen. Ich habe aus meiner Meinung nie ein Hehl gemacht, ich habe es in der Öffentlichkeit oft gesagt: Orden und Posten werden nach dem Sieg verteilt.

Wir sind alle Menschen, und die Anfälligkeit dafür, die eigene Uniform in der Schlacht zu schonen, sie während dieser Zeit zu bügeln und zu reinigen, damit man bei der Siegesparade in strahlender Pracht weit vorne erscheinen kann, ist auch uns da und dort nicht ganz erspart geblieben.

Es ist ja etwas Gutes, daß wir für jede zu besetzende Position mindestens zwei, zum Teil drei bis vier geeignete Spitzenpersönlichkeiten haben. Das ist eine gute Sache. Die SPD hat ja hinter Helmut Schmidt, nur unterschiedlich Fehlleistung erbringende inkompetente Persönlichkeiten.

Lassen Sie mich zu der Entscheidung, vor der wir stehen — das ist ja nunmehr elf Jahre nach der Bundestagswahl von 1969 —, einige Worte über deren Bedeutung sagen. 1969 hat der damalige Bundesjustizminister und angehende Bundespräsident von einem „Machtwechsel“ gesprochen. Wir haben damals gegen dieses Wort Stellung bezogen, weil es uns aus der falschen Sprachtruhe zu kommen schien. Helmut Schmidt hat 1970 in einer Rede davon gesprochen, daß man nunmehr die Macht habe und daß man sie behalten müsse, daß man diesem Jahrzehnt sozialdemokratisches Gepräge geben wolle.

In der Zwischenzeit versucht man, das letzte Drittel dieses Jahrhunderts als eine Epoche des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft und zu einem anderen Europa zu gestalten.

Für Sozialisten ist die Wahl 1969 nicht die normale Ablösung einer Regierung oder einer Regierungskoalition durch die Opposition gewesen, was das normale Wechselspiel ist, das in der parlamentarischen Demokratie erstens einmal selbstverständlich und zweitens gelegentlich notwendig ist und was drittens dem Bürger die Gewähr geben soll, daß, auch wenn einmal eine andere Mehrheit an die Regierung kommt, nichts an den Grundfesten unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und unsere außenpolitischen Orientierung geändert wird.

Leider ist das in der Bundesrepublik Deutschland dank der Entwicklung innerhalb der SPD und der Täuschungskunst Helmut Schmidts nicht so. Wer von Helmut Schmidt erwartet, daß er den Marsch in den Sozialismus der Gesellschaft und in die Neutralisierung Europas aufhält, der kennt diesen Mann nicht gut genug.

Die Sozialisten haben das Jahr 1969 als einen endgültigen Einschnitt angesehen, als den Beginn einer neuen Epoche; sie hätten ja auch am liebsten eine neue Zeitrechnung eingeführt. Dieser Einschnitt war als unaufhaltbar und unumkehrbar gedacht.

In dem, was sich jetzt in der SPD zeigt, und in der Rolle, die Helmut Schmidt dabei und dazu spielt, ist die Überzeugung — nicht nur der Eindruck —, daß Helmut Schmidt ein Sozialist ist, immer war und auch bleiben wird, hoffentlich endlich einmal allgemeines Bewußtseinsgut. Daran ändert auch nichts, daß viele Millionäre und Milliardäre in dieser oder jener Gesellschaftstracht ihn wie ein Schwarm von Fliegen umschwärmen, so wie die Insekten die Lampen umschwärmen.

Wenn Organe, die im allgemeinen gegen uns zu hetzen pflegen, von dem hohen Ansehen und der großen Beliebtheit und der ungeheuren Anzugskraft Helmut Schmidts für Kapitalisten berichten, habe ich gar nichts dagegen. Er ist eben ein Chamäleon, das sich der jeweiligen Umgebung anpassen kann. Andererseits haben wir von gewissen Leuten der Großwirtschaft, ihren Funktionären und Managern im Laufe der Jahre auch kein anderes Verhalten kennengelernt oder erwartet.

Hier erweckt die sozialdemokratische Propaganda doch auch den Eindruck: wer gegen die Politik der Sozialdemokraten ist, der ist ein Feind, und deshalb ist jedes — aber auch jedes — Mittel im Kampf gegen ihn angebracht.

Wir haben es doch im Bundestag erlebt: wir konnten an Alternativen vorlegen, was wir wollten, der erste sozialdemokratische Redner, der auftrat, sagte: „Leider hat die Opposition überhaupt keine Alternative.“ Er brauchte gar nicht einmal im Saal gewesen zu sein. Das ist ein fester Bestandteil ihrer rhetorischen Phraseologie geworden, zu sagen: „Die haben ja gar keine Alternative; die haben nicht nur keine Alternative, die haben ja auch gar kein Konzept.“

Wenn Sie heute die Kommentierung der SPD unseres Wahlprogramms lesen — es sei ein Wahlprogramm der Verleumdung —, dann begreift man doch endlich einmal angesichts dessen, was gegen uns inszeniert wird, was an Verleumdung und Hetze in Gang gesetzt wird,

daß die Sozialdemokraten normale Kritik, die einer Oppositionspartei im Parlament zusteht, schon als Verleumdung bezeichnen, weil sie sich schon als Staatspartei empfinden, weil sie die Bundesrepublik und ihr politisches Schicksal als ihren Erbhof betrachten und weil sie sich eine Ablösung aus dieser Macht überhaupt nicht mehr vorstellen wollen und damit zutiefst undemokratisch werden.

Helmut Schmidt hat in seiner Rede im Deutschen Bundestag, auf die ihm Helmut Kohl eine sehr treffliche und scharfe Antwort gegeben hat, erklärt: Mit der Ablehnung aller Ostverträge hat die Union gezeigt, daß es ihr am Willen zum Ausgleich fehlt. Sie, gemeint ist die Union, habe zwar den Willen und die Gesinnung, aber nicht die Fähigkeit zum Frieden.

Wenn Sie das Wahlprogramm der SPD lesen, das einige Zeit vorher veröffentlicht worden ist, dann finden Sie unter „Friedenspolitik“ einen sehr illusorischen Abschnitt über Abrüstung, Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle. Daß uns allen Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle als reales Anliegen am Herzen liegt, steht außer jedem Zweifel. Wir haben immer realistische Abrüstungspolitik getrieben, allerdings immer vor dem Hintergrund der klaren Analyse des Gegners, der Erkenntnis über seine kurz-, mittel- und langfristigen Absichten und im Bewußtsein der Notwendigkeit, ein ausreichendes Verzeidigungspotential zu haben, damit glaubwürdig und für die Bevölkerung zuverlässig und vertrauenswürdig die Möglichkeit eines Krieges auch nicht am entfernten Horizont auftauchen kann.

Nur vergessen die SPD-Politiker bei Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, daß die Sowjetunion nicht etwa das Ziel hat, eine gewaltlose Gesellschaft der Staaten, ein freies Dasein der Menschen zu ermöglichen, sondern für die Sowjetunion ist Entspannungspolitik als Folge ihrer Koexistenzvorstellungen und Abrüstungspolitik als Folge ihrer Machtvorstellungen ein Stück strategischer Bewaffnung, ein strategisches Instrument, um den Gegner, der wir nach wie vor sind — wir sind der Klassengegner, wir sind als Vertreter der freien Demokratie die Feinde dieses Systems in deren eigener Terminologie —, so wehrlos zu machen, von innen her zu zermürben, von außen durch Angst und Drohung kapitulationsreif zu machen.

Das haben wir uns schon an den Schuhsohlen abgelaufen und sind mit dieser Erkenntnis sehr gut gefahren. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zwischen 1949 und 1969 nie in der akuten Gefahr eines Krieges befunden.

In dem Wahlkampfprogramm der SPD ist weiter zu lesen, daß die Instrumente ihrer Friedenspolitik die Bundeswehr, ihre wichtige Rolle im Bündnis und das Bündnis insgesamt seien.

Es wird gesagt, wir seien wegen der Ablehnung der Ostverträge unglaublich. Helmut Schmidt war von 1953 nach der Wahl bis zum 19. Januar 1962 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Laut Protokoll des Deutschen Bundestages stimmte Helmut Schmidt im Deutschen Bundestag bei namentlicher Abstimmung mit Nein, am 26. Februar 1954 gegen das

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zur Einführung der Wehrverfassung, am 27. Februar 1955 gegen den Beitritt zur NATO, zur Westeuropäischen Union und gegen die Beendigung des Besatzungsstatuts.

Dieser Mann hat die Frechheit, uns, weil wir hinsichtlich Verhandlungsführung und Vertragsformulierung schwerste Bedenken anzumelden hatten und deshalb nicht ja sagen konnten, der Unglaubwürdigkeit und der Unfähigkeit zum Frieden zu besichtigen. Ich habe die Auseinandersetzungen auch als Redner miterlebt. Bei uns ging es in den 50er Jahren darum, unsere Friedenspolitik, die ohne einen deutschen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit nicht durchhaltbar gewesen wäre, durch Aufstellung der Bundeswehr, damit verbunden eine Änderung des Grundgesetzes, die Einführung einer Wehrverfassung und durch Eintritt in die NATO einen glaubwürdigen Rahmen und einen glaubwürdigen Rückhalt zu geben.

Helmut Schmidt war damals federführend — um nicht zu sagen: maulaufreißend federführend — im Kampf gegen die Änderung des Grundgesetzes. Wenn es nach ihm gegangen wäre, gäbe es bis heute weder eine deutsche Mitgliedschaft in der NATO noch eine deutsche Bundeswehr als Ausdruck dieser Mitgliedschaft. Man muß sich einmal die erbärmliche Rolle und gleichzeitige Unverfrorenheit dieses Kanzlers vor Augen halten.

Wir waren nicht gegen Verträge mit unseren östlichen Nachbarn, sondern wir waren für Verträge auf der Basis des Gebens und Nehmens zu ausgewogenen Teilen, wir waren für Verträge mit klarer Formulierung, bei denen nicht jederzeit widerrufliche kleine Konzessionen auf der einen Seite gegen unwiderrufliche Leistungen auf der anderen Seite gewährt werden.

Hier sitzt noch der letzte Bundeskanzler der CDU und CSU, Kurt Georg Kiesinger, der genauso wie seine Vorgänger mit unseren östlichen nachbarn Verträge geschlossen hat, der auch weitergehende Verträge vorbereitet hat. Ich war an diesen Gesprächen seinerzeit beteiligt. Das geschah aber langsam, sicher und Schritt für Schritt.

Deshalb ist unser Nein zu den Ostverträgen nicht ein Nein zu den Verträgen mit dem Osten, sondern das Nein zu dem Pfusch und Murks, den Herr Bahr als Verhandlungsführer vorbereitet hat und dem die anderen dann zum Opfer gefallen sind. Helmut Schmidts Nein und das seiner Genossen zielte auf die Verhinderung der Bundeswehr, auf die Verhinderung der deutschen Mitgliedschaft in der NATO. Das müssen wir diesem Herrn angesichts der Unverfrorenheit ins Stammbuch schreiben, mit der er seine verleumderische Behauptung im Bundestag gegen uns erhoben hat.

Erlauben sie einem Politiker der älteren Generation hier eine Bemerkung zu machen, die sowohl historische Rückschau als auch Vorausblick ist! Hätte Adenauer nicht im Jahre 1950 in tiefster Sorge um die Sicherheit der Bundesrepublik, die Freiheit der Menschen und die Zukunft Europas fünf Jahre nach der großen Kapitulation und dem schrecklichsten Kniege aller Zeiten den Westmächten seine Bereitschaft zur Aufstellung deutscher Streitkräfte angekündigt, hätten nicht CDU und CSU in den Jahren nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge, die eine lange Vorgeschichte haben und um die es im

Parlament erregte Auseinandersetzungen gegeben hat — die soeben erwähnte Abstimmung war eine und der Eintritt in die NATO war eine andere, und es gab viele andere Abstimmungen, die damit zusammenhängen —, hätten wir damals, zum Teil mit unseren Koalitionspartnern, nicht die Aufstellung der Bundeswehr gegen die SPD durchgesetzt,

so wäre heute angesichts der durch die SPD mitverschuldeten Machterweiterung der Sowjetunion, angesichts ihres über Europa länger und drohender gewordenen Schattens, angesichts der Anpassungsbereitschaft und Unterwerfungseigung der SPD unter den Moskauer Machtwillen, mit der falschen, verleumderischen und heuchlerischen Alternative „Wollt ihr Frieden oder Krieg?“ die Aufstellung der Streitkräfte nicht mehr möglich.

Das ist eine bittere Wahrheit, aber ich bin von der Richtigkeit dieser meiner Aussage überzeugt.

Stellen Sie sich heute bei der Belastung der Amerikaner, ihrem innenpolitischen Druck als Folge von Vietnam und Watergate, ihrer weltweiten Verantwortung, siehe Persischer Golf, einmal die Frage: Wer sollte die 500000 Mann Bundeswehr in Europa ersetzen, die unentbehrliche Voraussetzung dafür sind, daß wenigstens — ich gebrauche hier nicht ein naturwissenschaftliches Wort — ein Mindestmaß an Gleichgewicht für eine glaubhafte Abschreckung und eine sogenannte flexible response, eine stufenweise abgewogene Verteidigungsbereitschaft, bestehen? Unsere französischen Freunde würden diese 500000 Mann im Rahmen der NATO sicherlich nicht ersetzen. Die Engländer, die zu Hause und in Nordirland genug Sorgen haben, würden dies sicherlich auch nicht tun. Wären Holland, Belgien, Luxemburg oder Dänemark. Nein, die Sicherheit Europas hängt heute mehr denn je von den Entscheidungen ab, die seinerzeit Konrad Adenauer, seine Mitarbeiter und Nachfolger getroffen haben.

Ich meine es ernst, wenn ich sage „pacta sunt servanda“, Verträge sind zu halten. Aber die Ostverträge müssen von beiden Seiten her ständig auf ihre getreuliche, sinngemäße und vernünftige Einhaltung kontrolliert werden. Damals ging es in erster Linie darum, daß mit dieser Ostpolitik eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR erfolge, daß damit ihre Gesellschaftssysteme sich annähern könnten, daß darüber ein Prozeß der Liberalisierung und Demokratisierung einsetze, daß die Abgrenzung allmählich abgebaut werde, daß die Mauer wegfinde, daß der Schießbefehl aufgehoben werde. Nicht die Rentnerbesuche standen damals im Vordergrund, nein, sondern die eben von mir genannten Stichworte: Abbau der Mauer, nicht nur der Mauer aus Stein, sondern auch der Mauer der Verschiedenheit der Vorstellungen über Freiheit, über Demokratie, über unsere gesellschaftliche Zukunft. All diese Vorstellungen sind total gescheitert. Ich bekenne mich zu der Einhaltung der Ostverträge. Aber die sozialistische Entspannungspolitik ist gescheitert. Es geht jetzt nicht um das fantastische, fabelhafte, manchmal geradezu bedrückende Wortspiel, das man mit dem Wort Entspannung treibt.

Wer sich vorgestellt hat, daß Entspannung zur Abrüstung der Militärpotentiale, zum Abbau militärischen Denkens, zum Abbau machtpolitischer Ambitionen, zu einem

normalen, friedlichen Nebeneinanderleben der Völker in freier Selbstbestimmung und der Menschen in echter eigener Gestaltung des Lebens führt, der muß doch heute so anständig und ehrlich sein, zu sagen: wir haben uns getäuscht, diese Illusionen sind geplatzt, diese Art Entspannungspolitik ist zusammengebrochen.

Wir haben in unserem Wahlkampfprogramm zwei Prioritäten vorangestellt: Einmal die Priorität der Erhaltung des Friedens und der Freiheit. Das heißt, wenn Frieden und Freiheit in Gefahr sind, müssen wir in wohlabgewogener Planung und in vernünftiger Ausführung unseren Anteil im Bündnis so gestalten und so ausfüllen, daß wir mit dieser Politik der Kriegsverhinderung, der Vermeidung des Krieges unseren maximalen Beitrag leisten. Niemand hängt mehr ab von Frieden und Sicherheit als wir in Europa. Das wissen wir. Gerade deshalb sind wir für eine realistische Politik der Kriegsverhinderung, für eine realistische Politik der Friedenserhaltung, und zwar der Erhaltung des Friedens, ohne in die pax sowjetica, in die Kirchhofsrue des Friedens eines europäischen Gulag zu verfallen. Wir wissen genau, was wir denen schuldig sind.

Darum nützen uns die schönsten sozialpolitischen Zielsetzungen gar nichts, wenn uns Rahmen und Grundlage einer freien Gesellschaftsordnung mit ihren humanen, sozialen, demokratischen Zielsetzungen verlorengehen würden.

Hand in Hand damit geht eine weitere Priorität. Heute gehen politische und militärische Sicherheit einerseits und wirtschaftliche Sicherheit andererseits nahtlos ineinander über. Ohne die übrigen Voraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft in meiner Rede erwähnen zu wollen — ich habe oft genug darüber gesprochen —, sie sind unser gemeinsames Bewußtseinsgut —, erkläre ich: Ohne Energie und Rohstoffe in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen kann die Stabilität unserer auf industrieller Massenkultur beruhenden Gesellschaftsordnung nicht aufrechterhalten werden.

Wir, die heute ältere Generation, haben noch sehr wohl Erinnerungen an die Jahre 1929, 1930, 1931, 1932, als es eine Massenarbeitslosigkeit von fünf, sechs, sieben Millionen bei uns gab. Man sagt, die Weimarer Republik ist darunter zusammengebrochen, und sicherlich war die wirtschaftliche Notlage der Mehrheit unseres Volkes eine der Ursachen für den Radikalismus rechts. Wir haben die große Bewährungsprobe noch nie bestehen müssen, und hoffentlich bleibt sie uns auch immer erspart.

1949 begannen wir, noch unter den schrecklichen Eindrücken des Krieges und der Nachkriegszeit, die Ruinenfelder unserer Großstädte, des Ruhrgebiets — eine gespenstische, die größte Trümmerlandschaft der Weltgeschichte — vor Augen, mit dem Wiederaufbau, fast an der Aufgabe verzweifelnd. Nach zehn Jahren konnten wir feststellen, daß der Großteil des Wiederaufbaus bewältigt war. In weniger als zehn Jahren war Vollbeschäftigung hergestellt. Und wir hatten dank eines fleißigen Volkes und dank einer guten Politik — in den ersten Jahren symbolisiert durch die Namen Adenauer, Erhard und Schäffer — immer soviel finanzielle Mittel, daß wir die notwendigsten Aufgaben erfüllen konnten.

Die Weimarer Republik war vom Anfang bis zu ihrem von Hitler herbeigeführten Ende von einer immerwährenden wirtschaftlichen Notlage, von einer andauernden

Finanzkrise, von einer katastrophalen Zahlungsbilanz geprägt. Wenn solche Zeiten wiederkämen — als Folge nicht ausreichender Versorgung mit Energie und Rohstoffen, und unsere Wirtschaft kann ohne Energie und Rohstoffe nicht in auch nur annäherndem Maße funktionsfähig sein —, dann würde bei uns auch die demokratische Stabilität wieder notleidend werden.

Deshalb sind wir uns der Notwendigkeit der Versorgung mit Energie und Rohstoffen in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen sehr wohl bewußt.

Die Welt ist in einer Krise. Die Entspannungspolitik, die Friedenspolitik, die Kriegsankündigung des Herrn Bundeskanzlers Schmidt: Was soll denn heute noch ein normaler Bürger von dieser Regierung erwarten, wenn sich einmal der Vorhang aus roten Nebelschwaden verzieht? Im Jahre 1969 hat er gehört: Ostpolitik ist die neue Entspannungspolitik, Entspannungspolitik ist Friedenspolitik; der Friede ist 3800 Tage — solange die an der Regierung sind — von Tag zu Tag sicherer geworden — so sicher kann er gar nicht mehr sein, wie er geworden ist —, und nach 3800 Tagen erklären die Architekten dieser Entspannungs- und Friedenspolitik, man befinde sich wieder in einer Lage wie im Jahre 1914. Da stimmt doch etwas nicht mehr, das ist doch Gaukelei!

Das Angebot Helmut Schmidts an die deutsche Öffentlichkeit heißt: Frieden oder Krieg. Das ist keine Alternative für einen deutschen Staatsmann!

Diese Alternative heißt doch genauso: Unterwerfung oder Vernichtung. Unsere Väter haben den 1. Weltkrieg, wir haben den 2. Weltkrieg kennengelernt, auch am eigenen Leibe mitgelitten, selbst mitgestritten. Wir wissen, was die in der Zwischenzeit weiterentwickelte Waffentechnik für ein apokalyptisches Inferno über unsere Kultur, über die zivilisierte Menschheit heraufbeschwören würde. Das wissen wir doch ganz genau. Der Krieg ist keine Alternative, und er kommt auch nicht. Helmut Schmidt will uns weismachen, daß die Abkopplung von Amerika, die schrittweise Annäherung an die Sowjetunion — mit ihren unübersehbaren langfristigen Folgen — die einzige Möglichkeit ist, den Frieden zu erhalten. Und ich sage Ihnen: das ist nicht nur „lieber rot als tot“, das geht in der Folge viel weiter.

Wer das ankündigt, unterwirft die Bundesrepublik Deutschland dem Machtwillen der Sowjetunion und beschwört gleichziitig als spätere Stufe ein Kriegsrisiko über sie herauf.

Nur eine echte Bündnispolitik, bei der eine nahtlose Geschlossenheit zwischen uns Europäern — lassen wir mal die Sonderrolle Frankreichs beiseite — und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht, garantiert uns einen Frieden ohne Unterwerfung, einen Frieden in Freiheit, und garantiert uns, daß Europa nicht Schlachtfeld wird, auf dem dann Deutsche für die Interessen der Sowjetunion geopfert werden. Das ist die wahre Alternative! Schmidts Alternative ist falsch, gefährlich, tödlich.

Helmut Schmidt macht sich zum Werkzeug der psychologischen Kriegführung Moskaus, wenn er dem deutschen Volke sagt, SPD-Politik sei Frieden, und die andere Politik würde den Krieg heraufbeschwören.

Ist es bei ihm Absicht oder Unfähigkeit? Absicht würde einen abgrundtief schlechten Charakter verraten. Trotz der Heftigkeit seiner Angriffe gegen mich gehe ich nicht so weit, ihm die Absicht zu unterstellen. Aber die Unfähigkeit, das Problem zu begreifen und zu meistern, muß ich ihm beimessen.

Jemanden nämlich, der es aus böser Absicht tun würde, könnte man vielleicht noch bekehren. Anatol France sagt: „Dummheit ist schlimmer als Bosheit“. Bosheit setzt manchmal aus, Dummheit nie.

Die Primitivität des unhistorischen Weltbildes von Helmut Schmidt, der weder die Kontinuität der Geschichte und ihre Gesetze noch die geographischen Zusammenhänge kennt, ist eine echte Gefahr für Deutschland und Europa in den 80er Jahren.

Die Machthaber im Kreml sind die Meister des Spiels, aber Helmut Schmidt ist nicht ihr Gegenspieler, er ist nur eine Figur in ihrem Spiel. Mit welcher zynischen Überheblichkeit haben Helmut Schmidt und sein publizistischer Büchsenspanner Bölling die Drohungen aus Moskau als Polemik, ja als albernes Geschwätz abgetan! Auch das gehört zur Dramaturgie. Die Warnungen von „Nowosti“ waren nicht die Meinung eines Journalisten oder die Meinung des russischen Volkes — nach der Meinung des russischen Volkes hat der Kreml noch nie gefragt —, sondern es gibt eine abgestufte Leiter von Äußerungen. Auf der untersten Stufe steht der unbekannte Journalist von „Nowosti“ und ähnlichen Publikationsorganen. Darüber kommen dann Iswestija, TASS und Prawda, dann kommen Mitglieder des Politbüro, darüber kommen die Mitglieder der sowjetischen Führungsspitze; natürlich, ein Wort aus dem Munde Breschnews gilt als Dogma.

Aber es gab eine zweite Warnung gleicher Art. Herr Portugalow, Mitarbeiter des Herrn Falin, hat jetzt in „Literaturnaja Gazeta“ genau dasselbe geschrieben, was in „Nowosti“ stand. Das ist ein Stück der psychologischen Einschüchterungskampagne gegen die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist auch ein Stück des Zusammenwirkens der Helmut-Schmidt-Propaganda „Unterwerfung oder Vernichtung“, „Frieden oder Krieg“ — in seiner Auslegung — und der sowjetischen Vernichtungsdrohung zur Einschüchterung des deutschen Volkes.

Ich habe die Sache sehr gründlich geprüft und mit vielen Spezialisten besprochen, um mir ein zuverlässiges Urteil zu bilden —, es gibt hier nicht ein Zusammenspiel zweier gleicher oder vergleichbarer Größen, sondern Helmut Schmidt in seiner Unfähigkeit und in seiner Skrupellosigkeit läßt sich in die sowjetische Einschüchterungspropaganda einspannen.

Dasselbe ist doch der Fall, wenn er in der USA und Deutschland sprach, wenn er auf Berlin hinwies, wenn er auf Hamburg hinwies, von dem die sowjetischen Panzer nur 50 km entfernt seien, wenn er auf 16 Millionen Geiseln in der DDR hinwies, wobei er die Bevölkerung gleich schon um 1 Million vermindert hat. Berlin, die Stadt, in der wir jetzt sind, wird doch nicht vom guten Willen der Sowjets oder von ihrer Gnade als freie Stadt gehalten, sondern wird gehalten, weil die große Macht des Bündnisses und die immer noch respektable Macht des ersten großen Verbündeten die Freiheit und die Sicherheit Berlins gewährleisten.

Wenn Schmidt sagt, die russischen Panzer seien nur 50 km von Hamburg entfernt, sage ich: In Berlin sind sie nur 1 km entfernt! Die russischen Panzer sind bisher weder nach Hamburg noch nach Berlin gekommen, und sie werden es nicht tun, solange das Bündnis hält. Wenn das Bündnis hält, gewinnen wir die historische Schlacht um die bessere Gesellschaftsordnung, und zwar ohne Krieg. Wir können sie gewinnen, und wir werden sie gewinnen.

Was für ein Bundeskanzler ist das, der in einer geheimen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in Bonn ein „Geheimnis“ preisgibt, in dem es heißt, es sei bestürzend, auf der Landkarte die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in den letzten zehn Jahren zu betrachten; dabei gehe es nicht nur um die unmittelbaren Aktionen Moskaus, sondern auch um die Einsetzung von Hilfstruppen wie Kubanern und Vietnamesen; zu nennen seien Angola, Moçambique, das Horn von Afrika mit Äthiopien und dem Südjemen, auch Vietnam, Kambodscha und Laos.

Da muß er ja glatt eine Rede von mir gelesen haben, wenn auch mit zehnjähriger Verzögerung!

Nur, warum sagt er das in einer geheimen Sitzung? Was ist denn daran geheim? Was geheimgehalten werden muß, ist sein Mut, es überhaupt zu sagen. In der Öffentlichkeit wagt er es ja nicht zu sagen, weil er damit uns und mir Recht gäbe.

Habe ich nicht in den letzten zehn Jahren vor den Folgen einer falschen Entspannungspolitik gewarnt? Habe ich nicht im Deutschen Bundestag am Vorabend der Konferenz von Helsinki, in dieser dramatischen Abendausinandersetzung im Juli 1975, auf den kommenden Bürgerkrieg in Angola hingewiesen? Was war die Antwort? Hohn, Verachtung, Spott; man zeigte auf das Hirn: der hat wohl einen Vogel. Und Helmut Schmidt trompetete: Die Entspannung ist teilbar. Bei den Vereinten Nationen sagte er: Man muß sich bewußt sein, daß die Entspannung geographisch unteilbar ist. Für den Hausgebrauch aber sagt er, die Entspannung sei teilbar, in Europa funktioniere sie, anderswo funktioniere sie nicht.

Der Bürgerkrieg in Angola als Auftakt einer Reihe weiterer blutiger Schauspiele dieser Art war damals an die Wand gemalt. Ich habe damals im Juli 1975 gesagt, in wenigen Monaten bricht er aus, und gewonnen wird er von der sowjetfreundlichen Befreiungsbewegung. Und warum? Weil die Sowjetunion diese Befreiungsbewegung trotz ihrer numerischen Schwäche durch ihre Waffenlieferungen und zum Schluß durch ihre kubanischen Fremdenlegionäre zur stärksten militärischen Kraft gemacht und damit den wehrlosen schwarzen Völkern ihren Machtwillen aufgezwungen hat.

Damals sind wir verlacht, verspottet, verhöhnt worden, aber in einer geheimen Sitzung gibt er — ganz großer Staatsmann — diese seine Erkenntnisse preis. Er bittet dann um Geheimhaltung, weil das so vertraulich sei. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, wäre er kein Konkurrent mehr für mich.

Man soll doch die Dramaturgie sehen. Auf diplomatischem Wege konnte er keine Einladung nach Moskau bekommen, denn das hätte Schwierigkeiten mit den westlichen Verbündeten gegeben. Einer davon hat ihn jetzt doch überspielt.

Es geschah vielmehr durch die Dramaturgie, über die Regie Wehners. Wehner schickte seinen Sonderkommissar — das ist bei ihm wohl die angemessene Ausdrucksweise — nach Moskau.

Der hat dort mit Samjatin und mit Kirilenko verhandelt; Auftrag war, eine Einladung für Helmut Schmidt zu erreichen. Dort ist Herrn Selbmann auch gesagt worden, welche Leistung Helmut Schmidt erbringen muß, damit er eine Einladung bekommt. Man muß doch bei uns einmal den Zusammenhang der Dinge sehen! In Moskau ist von der Rede Helmut Schmidts, die er in Hamburg gehalten hat, der Teil geschrieben worden, in dem er sagte, man solle die nächsten drei Jahre für Abrüstungsverhandlungen nutzen und deshalb den Stationierungsbeschluß, der ohnehin erst nach drei Jahren, also Ende 1982, erfüllt werden kann, aufheben, auch wenn die sowjetischen Mittelstreckenraketen erhalten bleiben und in der Zwischenzeit vielleicht sogar noch weitere aufgestellt werden.

Die Sowjetpolitik gegenüber Westeuropa hat zwei überragende Ziele, den sogenannten TNF-Beschluß der NATO vom Dezember letzten Jahres zu Fall zu bringen und schrittweise die Neutralisierung der Bundesrepublik durch langsame heimliche Lockerung der Bündnisbande herbeizuführen.

Wenn man dann sagt, der Strauß sieht schwarz, der übertreibt, das seien krasse oder verleumderische Töne: Es gibt keine Politik, die die Bundesrepublik Deutschland mit einem Schlage aus dem Bündnis herauslösen könnte. Die sowjetischen Politiker sind Realisten. Sie wissen ganz genau, daß der Krieg für sie in Europa kein Mittel der Politik ist. Soviel können wir den Russen zutrauen — dafür brauchen wir nicht den Lehrer Helmut Schmidt —, daß sie ihre eigenen Interessen erkennen und daß sie nichts tun werden, was für sie ein unerträgliches Risiko oder einen einen unbezahlbaren Preis heraufbeschwören würde. Das ist der Unterschied zwischen den Russen und Hitler, zwischen Breschnew und Hitler. Hitler war ein verbrecherischer, auch militärischer Abenteurer mit pathologischen und psychiatrischen Einschlügen. Drüben sitzen eiskalte, logisch rechnende, langfristige Planer der Macht, der imperialistischen Erweiterung ihres Einflusses in der Welt, mit den langfristigen Zielen Herrschaft und Revolution, beides in einem.

Ich habe zum Ärger mancher Freunde gesagt, ich hielte Herrn Breschnew für einen großen Staatsmann, nur hat er einen anderen Violinechlüssel als wir. Ich halte ihn für einen großen Staatsmann, der die russische Zielsetzung nie aus dem Auge verloren hat — Imperialismus und Weltrevolution —, der aber nie einen Schritt machen wird, der eine ernsthafte Gefahr für die Sowjetunion heraufbeschwören würde.

Da liegt unsere Sicherheit, meine Damen und Herren, nicht darin, daß wir die NATO langsam aufgeben und dafür ein Stück Papier mit der Unterschrift Breschnews erhalten, daß er nichts tun werde. Die Russen wissen ganz genau, daß sie uns nicht mit einem Schlage aus der NATO hinausbringen.

Die Bundeswehr, die NATO-Mitgliedschaft und die Soziale Marktwirtschaft, die drei von uns durchgesetzten Ergebnisse unserer Politik neben vielen anderen Ergebnissen haben einfach die normative Kraft des Faktischen. Krieg ist undenkbar, Revolution ist un-

möglich, aber die langsame kulturevolutionäre Aushöhlung unserer Gesellschaft und die langsame Erosion unserer Beziehungen zu Amerika sind die Voraussetzung, daß das sowjetische Endziel von Moskau erreicht werden kann. Darum werden sie nie die plumpe Politik des Alles-oder-Nichts, des Jetzt-auf-einen-Schlag einsetzen.

Nein, wir müssen ein feines Gehör haben für das Ticken dieser unterirdischen Uhren, wir müssen ein feines Gefühl für diese unterirdischen Bäche und Rinnsale haben, wir müssen einen feinen Instinkt, ich möchte beinahe sagen, ein politisches Radargerät für das haben, was sich jetzt angebahnt hat.

Hier ist Helmut Schmidt nicht der Bremsen, hier ist Helmut Schmidt der Vorausmarschierer, der Vorturner. Helmut Schmidt wird um der Machterhaltung der SPD willen auch diese grundsätzliche Änderung deutscher Politik in Kauf nehmen und notfalls betreiben. So hat er in seiner Rede in Hamburg angeboten: Stationierungsbeschluß aufheben. Das heißt, daß drei Jahre lang das sowjetische Trommelfeuer gegen uns zur Verhinderung einer Neufassung des Beschlusses anhalten wird. Das ist die Dramaturgie Wehners.

Und hier kam die Einladung aus Moskau. Es bestand doch vom ersten Augenblick an kein Zweifel, daß Schmidt sie annehmen würde. Das war doch nur eine Publikumstauschung nach dem Motto „Liebst du mich? Du liebst mich nicht“. so wie man an den Knöpfen am Anzug mit Ja oder Nein abzählt: Kommt die Einladung, kommt sie nicht? Fahre ich, fahre ich nicht? Fahre ich jetzt, fahre ich später, fahre ich überhaupt nicht? Dazu kamen die mannhaften Redensarten am 1. Mai, als er sagte, er werde den Sowjets sagen, sie sollen ihre Truppen zurückziehen: „Jungs, so kann man nicht weitermachen, ihr müßt eure Truppen zurückziehen.“

Dann kam dieses großkotzige Geschwätz, die Großmächte verstünden nichts von Konfliktmanagement, von „Crisis Strategy“. Glaubt denn Schmidt, daß der Kreml und das Weiße Haus ihn brauchen, um etwas von Konfliktmanagement zu verstehen? So einer muß ja wirklich größenwahnsinnig geworden sein, der so tut, als ob er Lehrer für Moskau und Amerika gleichzeitig sei.

Dann kam der scharfe Angriff Wehners gegen die Sowjetunion. Wenn man hier nur hinter dem Pferdefuß nicht gleich den Gestank spüren würde!

Warum denn der Angriff gegen Moskau? Damit wieder Dampf abgelassen wird, damit der Westen wieder beruhigt wird, damit die eigenen Bürger nicht unnötig aufgerüttelt werden und allmählich merken, welche Politik sich hier anbahnt und hinter den Kulissen schon weit vorgeschritten ist.

Ich warne vor dem wachsenden Antiamerikanismus, der sich in der SPD breitmacht, heute stärker als während des Vietnam-Krieges. Es gibt Redensarten in den Rängen unter Helmut Schmidt, die Amerikaner seien die Kriegshetzer, die Kriegstreiber, seien die Kriegsverbrecher, die Darstellung des Präsidenten Carter abwechselnd als Karikatur und dann wieder als Kriegshetzer: hier sollte sich der starke Mann bewähren, hier sollte er in seiner Partei Ordnung schaffen. Er will aber gar nicht, und er kann es auch nicht.

Das wachsende Verständnis in der SPD für Moskau auch in Afghanistan, gegen den amerikanischen Militarismus für die sowjetische Friedenspolitik: Die SPD glaubt an die sowjetische Absicht, Mitteleuropa als starkes friedenssicherndes Zentrum auszubauen.

Aber dieses Wort, so schön es klingt, heißt: ein neutralisiertes, militärisch wehrloses und des amerikanischen Schutzes Schritt für Schritt mehr entbehrendes Europa. Das ist das erklärte Ziel der Sowjetunion in den 80er Jahren. Hier heißt es *principiis obsta*, widerstehe den Anfängen; hier heißt es, die Bürger wachzurütteln, damit sie wissen, was am Ende dieser Straße stehen würde.

Deshalb soll der Brüsseler Beschluß widerrufen werden und deshalb die schrittweise Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland mit Lockerung der Bindungen zu den USA, eine umfassende schrittweise Neuorientierung Westeuropas zur Sowjetunion erfolgen.

Es gibt Gerüchte zwischen den Zeilen. Ich war aber sehr überrascht, in einer Information etwas über Herrn Wischniewski zu lesen, was ich in einer Wiener Wochenzeitung gefunden habe. Da gibt es sicherlich gemeinsame Informationsquellen, denn wo Rauch ist, ist auch Feuer. Dort heißt es, daß sogar von hoher sowjetischer Seite eine Andeutung gefallen sei, wenn man diesen Weg gehe, dann könne man auch an einen Rat der beiden deutschen Staaten mit alternierendem Vorsitz denken.

Erinnern Sie sich an den Deutschland-Plan der SPD im Jahre 1958? Es geht genau wieder auf der Bahn Herbert Wehners von damals weiter. Er ist sicherlich ein genialer, aber gefährlicher Strategie. Ebenso wie Wehner gefährlich ist, ist Helmut Schmidt unfähig, diesen Weg zu durchkreuzen und zu verhindern.

Der Ersatz für Amerika wäre auch nicht ein militärisch starkes Europa. Das käme gar nicht in Betracht, denn das würde den Zorn der Russen herausbeschwören. In Betracht kommt nur ein Breschnew-Papier, das uns Sicherheit, Freiheit und Frieden an Stelle der NATO-Politik verspricht. Sicherheit, Freiheit und Frieden, das heißt aber *pax sowjetica*. Damit kommt von nicht unbefugter Seite häufig die Frage: Werden die Deutschen zum drittenmal in einem Jahrhundert an einer Katastrophe Europas schuldig werden? Darum geht es im kommenden Wahlkampf, um nicht mehr und nicht weniger. Hier geht es nicht um die Personen Helmut Schmidt oder Strauß, hier geht es um Strauß mit der Union und ihrem Programm als der einzigen zuverlässigen Garantie, daß dieser Weg ab 5. Oktober dieses Jahres endgültig abgebrochen, daß ihm eine eindeutige und unmißverständliche Absage erteilt wird.

Unser Weg heißt Frieden und Freiheit. Deshalb werden wir, sobald wir an die Regierung kommen, wieder vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber den Amerikanern vornehmen, um das wiedergutzumachen, was hier an Scherben angerichtet worden ist. Wir werden unsere Verteidigungskraft verstärken, ohne mit dem Säbel zu rasseln und ohne zu provozieren.

Sie kennen meine Meinung. Ich habe Sie oft genug gesagt. Es sollten nicht deutsche

Truppen in den Mittleren Osten entsandt werden. Das entspräche nicht einer sinnvollen Aufgabenteilung.

Aber wenn bei uns Lücken in der europäischen und der atlantischen Front entstehen, weil andere für uns am Persischen Golf Wache halten müssen, dann besteht das mindeste, was wir zu tun verpflichtet sind, darin, die Lücken bei uns in Mitteleuropa, in der Nordsee und im östlichen Atlantik zu füllen. Das ist dabei unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Welch niederträchtige Gesinnung ist es, den mit Recht besorgten Frauen, Müttern und Kindern zu sagen: Wollt ihr deutsche Soldatengräber im Jemen besuchen? Dies ist eine Formulierung der Niedertracht, der menschlichen Gemeinheit und der Schäbigkeit.

Ohne Prophet zu sein — allerdings kann ich mir vorstellen wie es weitergeht —, muß ich daran erinnern, daß sich ja erhebliche militärische Kräfte unserer Bündnispartner am Persischen Golf befinden. Sogar zwei deutsche Zerstörer schwimmen dorthin, wobei der Zerstörer „Bayern“ durch „Hessen“ ersetzt werden muß, weil er mit dem Frachtschiff kollidiert ist.

Die Zerstörer hat die jetzige Regierung dorthin entsandt. Aber was wäre es denn, wenn in den Vereinigten Staaten von Amerika Stimmung gegen die Bundesrepublik Deutschland gemacht und gesagt würde: Sollen wir amerikanische Kriegsgräber im Jemen besuchen?

Diejenigen, die sich am leichtesten von der Energie- und Rohstoffzufuhr unabhängig machen können, sind die Amerikaner. Die können es viel leichter und schneller als wir. Bei uns dauert es viele Jahrzehnte und wird ganz nie möglich sein. Wenn wir von anderen erwarten, daß sie dort zur Verteidigung auch unserer Interessen den Kopf hinhalten, dann müssen wir in Europa voll und ganz und ohne Wenn und Aber unsere Pflicht erfüllen und dann müssen wir vor allen Dingen eine so schamlose Propaganda öffentlich an den Pranger stellen.

Drittens zur Frage der Ehrlichkeit gegenüber dem Osten. Es gibt den Schwindel, bei einem Wahlsieg der CDU/CSU würde es zu einer Vereisung des Verhältnisses zum Osten kommen. Der Osten denkt ja gar nicht daran. Das sind jetzt psychologische Manöver. Halten Sie mich im übrigen nicht für frivol, wenn ich sage: Kommunisten verhandeln viel lieber mit Konservativen als mit Sozialisten. Es hat sich doch immer erwiesen, daß als Verhandlungspartner mit russischen Regierungen nichtsozialistische Regierungen, nichtsozialistische Diplomaten, nichtsozialistische Politiker wesentlich willkommener und zuverlässiger waren,

vor allen Dingen weil es mit solchen Verhandlungspartnern das Ideologiegeschwafel nicht gibt, das zwischen Kommunisten und Sozialisten bei solchen Gelegenheiten immer unvermeidlich ist.

Demgegenüber ist natürlich die Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen ein Intermezzo. Aber Helmut Schmidt hat hier ein Doppelspiel getrieben. Den Amerikanern

gegenüber hat er erklärt: Ja, aber überlegt es euch noch einmal; vielleicht ziehen die Russen noch vor dem Beschluß des IOC aus Afghanistan. — Meine Damen und Herren, als wenn man ein Kasperltheater mit einem Kriegsschauplatz verwechseln könnte, hätte ich beinahe gesagt! Als ob man diese beiden Ebenen miteinander vergleichen könnte.

Als ob die Russen ihre machtpolitische Offensive stoppen, nur damit die NOKs der Welt im IOC für die Teilnahme an den Olympischen Spielen stimmen. Wer das glaubt, muß im Hirn einen merkwürdigen Bausteinkasten haben, muß eine merkwürdige Vorstellung haben, muß weder von Geschichte noch von Geographie irgend etwas verstehen.

Aber schon auf dem Rückzug von Amerika wurde gesagt: Es wäre doch eine Torheit, nicht nach Moskau zu gehen; das stört den Dialog. Aber man kam nicht heraus aus der ganzen Bindung. Hier hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU ein bewundernswertes Stück politischer Klarheit, politischer Zuverlässigkeit und politischer Durchschlagskraft bewiesen.

Natürlich belastet dies das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Moskau. Natürlich belastet das — wenigstens zum Schein — Helmut Schmidt. Aber die Franzosen haben hier umgekehrt votiert. Und Herr Bahr hat in einem Akt seltener Hinterfotzigkeit im Bundestag dafür gestimmt und den maßgebenden Mann des deutschen Sports dazu bewegen wollen, im NOK für die Teilnahme, statt dagegen, zu stimmen. Das ist das wahre Antlitz des Herrn Egon Bahr.

Dann hat das deutsche NOK mit großer Mehrheit dagegen entschieden, während das französische dafür entschieden hat. Nun stand Moskau vor der Situation: Die Einladung an Helmut Schmidt muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Aber um ihm einen Dämpfer zu geben, muß sich der Herr Breschnew in Warschau vorher mit Giscard treffen. Giscard hat am Samstagabend mitteilen lassen, daß er am Sonntag Herrn Breschnew trifft. Damit ist der selbsternannte Heldenmaskenträger Helmut Schmidt wieder auf einen Teil des Maßes zurückgeführt worden, das in Wirklichkeit ein Mittelmaß ist, in dem er sich noch im Laufe der nächsten Monate zeigen wird.

Die Franzosen sind eiskalte Pragmatiker. Sicherlich ist das positive Votum ihres NOK nicht ohne Einwirkung der politischen Führung zustande gekommen. Denn Herr Giscard empfindet seit langer Zeit, daß er genauso wie seine Vorgänger in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Westeuropa und Moskau die erste Geige spielen und Helmut Schmidt nur eine Hilfsfunktion übernehmen dürfe. Da aber Helmut Schmidt versucht hat, die erste Geige zu übernehmen, ja, Kapellmeister des Unternehmens zu werden, hat er jetzt die nötige Abfuhr erlitten.

Aber verlassen Sie sich darauf: Die Einladung bleibt, und er wird fahren. Denn solange ihm Moskau Unterstützung geben kann, wird es ihm Unterstützung geben, weil eine sozialdemokratische Regierung, deren Treibsatz, deren Schwungrad mehr und mehr antim Amerikanisch wird, mehr und mehr neutralistisch wird, mehr und mehr in

die andere Richtung driftet, natürlich für Moskaus langfristige Ziele eine wesentlich angenehmere Regierung ist als eine Regierung der CDU/CSU, gleichgültig, von wem geführt, aber noch mehr, wenn von mir geführt.

Ich habe meine Ausführungen heute bewußt einmal in diesen Rahmen gestellt. Ich brauche nicht das Programm zu verlesen. Ich brauche es nicht zu interpretieren. Sie haben es gelesen und diskutiert. Wir haben es gelesen und diskutiert. Wir beide, CDU und CSU, haben es einstimmig angenommen.

Aber, die SPD ist nicht nur die Partei der Kapitulation auf dem Gebiet der Außenpolitik. Sie ist auch die Partei der Kapitulation gegenüber der Energiefrage. Die SPD ist die Partei der Kapitulation vor der Inflation. Die SPD ist die Partei der Kapitulation vor der wachsenden Staatsquote. Die SPD ist die Partei der Kapitulation vor der wachsenden Verschuldung und dem unvermindert schnellen Ansteigen des Verschuldungspotentials und des jährlichen Verschuldungszuwachses.

Ich habe heute bewußt keine langen Ausführungen über das Thema „Union und Gewerkschaften“ oder „FJS und Gewerkschaften“ gemacht. Ich frage nur: Wer ist ein Freund der Arbeitnehmer? Der, der zehn Jahre lang verbissen gegen den unerträglichen Anstieg der Lohnsteuer kämpft. Alle großen steuerpolitischen Initiativen der 70er Jahre kamen von der Union. Sie sind mit dem Namen meines Freundes Häfele und mit den Namen anderer CDU-Politiker und auch mit meinem Namen verbunden.

Wir haben doch immer erklärt, daß der Staat nicht die Hälfte des Arbeitseinkommens wegsteuern darf. Wir haben doch erklärt, daß es eine unsoziale Politik ist, wenn von jeder hinzuverdienten Mark 50 Pfennig und mehr durch die öffentlichen Kassen in Anspruch genommen werden. Ich könnte darüber in Einzelheiten einsteigen. Ich brauche es nicht zu tun; Sie kennen das Thema.

Haben wir nicht trotz aller Anfeindungen und Anfechtungen, ohne auf opportunistische Möglichkeiten zu spielen, ohne uns vom Gerede des Tages beirren zu lassen — Herr Stoltenberg, Herr Albrecht von der CDU und ich von der CSU —, für den zügigen Ausbau des gemeinsamen Energieprogramms, für eine maßvolle und vernünftige Einordnung der Kernenergie den Kopf hinzuhalten? Warum denn? Weil wir den arbeitenden Menschen von heute die Garantie geben wollen, daß sie auch im Jahre 1990 noch über sichere Arbeitsplätze verfügen können, und daß die großen Anforderungen an unsere sozialpolitische Zielsetzung und an unsere gesellschaftspolitische Zielsetzungen auch durch eine auf vollen Touren laufende Wirtschaft glaubwürdig gemacht und in der Wirklichkeit erhalten werden können. Deshalb auch unsere Mahnungen zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik.

Es ist nicht die Aufgabe deutscher Politik, in Japan für Vollbeschäftigung zu sorgen. Der Anstieg der Kosten zwingt zur Verlagerung von Arbeitsplätzen, zur Abwanderung von Produktion. Das ist weltwirtschaftlicher Wettbewerb. Diesem können wir uns nicht entziehen. Wir können keine Mauer um uns herum errichten. Wir können nicht in ein Autarkiedenken zurückfallen. Wir sollten aber schon einmal darüber nachdenken, wa-

rum die Ostasiaten 90 % des Motorradmarktes beherrschen, die überwältigende Mehrheit auf dem Fotomarkt haben, einen klaren Wettbewerbsvorsprung auf dem Gebiete der elektronischen Unterhaltungsmittel und der elektronischen Kommunikationsmittel haben. Wir sollten einmal darüber nachdenken, warum sie auf dem Gebiete der elektronischen Hilfsmittel und der Mikroprozessoren drauf und dran sind, uns abzuhängen, warum die japanischen Automobile einen Siegeszug durch Europa antreten. Die japanischen Automobile haben die europäischen Automobile nach Qualität und Leistung fast eingeholt, liegen im Preis aber 20 % niedriger.

Wir sollten nicht unsere Grenzen schließen, wohl aber durch einen Pakt der Vernunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihren Organisationen bei uns für Vollbeschäftigung sorgen, damit wir in den 80er Jahren bestehen können.

Wir wissen, daß wir ohne eine starke Finanzierungskraft der öffentlichen Hand keine leistungsfähige Sozialpolitik betreiben können, und daß eine starke Finanzierungskraft der öffentlichen Hand eine funktionierende, auf hohem Beschäftigungsstand laufende Wirtschaft voraussetzt. Das ist unser erklärtes Ziel. Wir haben dies 20 Jahre lang gekonnt. Deshalb hat niemand das Recht, uns aus rein wahlpolitischer Demagogie in ein zwielichtiges Verhältnis zum Arbeitnehmer und seinen Organisationen zu bringen. Eines kann ich den Herren auch sagen: Ich stehe dem kleinen Mann — ob es der Kumpel an Rhein und Ruhr ist, ob es der Arbeiter am Flugplatz in Berlin ist, ob es der Taxichauffeur in Hamburg ist oder ob es die breite Schicht der Hausfrauen ist — näher als die meisten der hohen Funktionäre und Manager, gleichgültig, in welchem politischen Lager sie stehen. Ich komme aus dem Milieu einer Arbeitervorstadt. Ich bin mit seinen Problemen großgeworden. Ich kenne die Sprache des Volkes. Ich kenne die Mentalität und Psychologie der breiten Schichten, der breiten Massen unseres Volkes, nicht deshalb, weil ich studiert habe, oder weil ich auf Schauspieler getrimmt worden bin, sondern deshalb, weil das meine Natur ist, weil das meine Herkunft ist, weil ich dort mehr politische Heimat habe als in manchen Häusern der Vornehmen und der Reichen, die heute um Helmut Schmidt herumscharwenzeln.

Lassen Sie mich hier die Versicherung abgeben, daß die zwei Schwerpunkte unserer Gesellschaftspolitik von CDU und CSU — auch von mir persönlich — getragen und verfolgt werden. Es ist dies ein zusammengehörendes Paar: Familienpolitik und Rentenpolitik. Man kann beides nicht voneinander trennen.

Wir haben diese unsere im Wahlprogramm niedergelegten Ziele unter einen Finanzierungsvorbehalt gesetzt, den Finanzierungsvorbehalt, daß wir nicht zuviel für die Erhaltung des Friedens und der Freiheit ausgeben müssen, daß wir genug Energie und Rohstoffe haben, daß wir eine funktionierende Marktwirtschaft mit hohem Beschäftigungsgrad haben. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, können wir diese Ziele auch finanzieren. Sobald wir an der Regierung sind, werden wir die Ungerechtigkeit der einseitigen Verteilung der Mutterschaftshilfe aufheben. Wir werden allen Müttern die gleiche Mutterschaftshilfe geben.

Wir werden schrittweise das Erziehungsgeld einführen und die Familienpolitik auch da-

durch stärken, daß der Mutter Erziehungsjahre — und zwar nicht nur eines wie bei der SPD, sondern fünf — als Rentenversicherungszeit ohne Beitrag angerechnet werden. Wir werden die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht Ende 1984 vornehmen.

Wir müssen aber dafür sorgen, daß unser Ausgabenzuwachs niedriger ist als der Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts, damit wir auch den Abbau des Verschuldungszuwachses und die langsame Rückführung der Staatsquote einleiten können.

Verleumder haben behauptet, wir wollten das eine nach dem anderen tun. Wenn wir mit Familien- und Rentenpolitik warten müßten, bis wir wieder ein vernünftiges Verhältnis zwischen Verschuldungspotential und Bruttosozialprodukt haben, würden wir wahrscheinlich erst Ende der 90er Jahre antreten können. Natürlich werden wir den Verschuldungszuwachs und die Staatsquote nicht auf einen Schlag zurückführen können. Es käme sonst zu einem Kollaps. Was in zehn Jahren verschlammpt und durch Liederlichkeit vertan worden ist, kann nicht innerhalb eines Jahres oder innerhalb von vier Jahren wieder bereinigt werden. Wir müssen das Ziel erkennen. Wir müssen den ersten Schritt in dieser Richtung tun und dann weitergehen, auch wenn es eine lange Reise wird. Wir müssen lernen, Disziplin zu halten, die Hand nicht für alle Zwecke zu heben, nicht rundherum abkassieren zu wollen. Wir müssen wissen, welches unsere Prioritäten sind. Diese Prioritäten heißen für mich — wenn Sicherheit und Freiheit sowie die Versorgung mit Energie und Rohstoffen gewährleistet sind — Familienpolitik und Rentenpolitik. Diese beiden Bereiche stehen weit vorne an der Spitze.

Wir können uns diese Prioritätensetzung auch leisten, weil wir durch eine im Wachstum befindliche Wirtschaft gewisse Finanzierungsspielräume bekommen. Wenn wir Disziplin zeigen und uns auf die Schwerpunkte konzentrieren, können wir die angestrebten Ziele auch schrittweise erreichen. Sie werden sicherlich gelesen haben, daß dieses unser Programm — auch was die Finanzierbarkeit angeht — nicht einer vernichtenden Kritik unterzogen worden ist, sondern im Gegenteil als sehr ehrlich, als sehr solide und sehr seriös gekennzeichnet worden ist.

Wo wollt ihr sparen? Das werde ich nicht hier sagen. Ich wage aber, nur einmal einen Gedanken anzudeuten. Ich bin sicher, daß wir in Europa keinen Krieg mehr bekommen. Wir haben einen hohen Kriegsofferhaushalt, und an diesem soll selbstverständlich nicht nur nichts gekürzt werden, sondern er soll auch regelmäßig so ausgebaut werden, wie es politische Ehrenpflicht ist.

Am Ende des neunten Jahrzehnts wird es fast keinen Veteranen des Ersten Weltkriegs mehr geben. Wenn es keinen Veteranen des Ersten Weltkriegs mehr gibt und wenn die ältesten Veteranen des Zweiten Weltkriegs sich in den 80er Lebensjahren befinden, sollten wir den Kriegsofferhaushalt dann, wenn die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung höhere Leistungen verlangt, die nicht von der Gemeinschaft der Versicherten durch immer höhere Beiträge, sondern — weil nicht versicherungstypisch — durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt erbracht werden müßten, nicht für andere Zwecke zerfasern lassen und auch nicht irgendwie kassieren,

sondern wir sollten die Mittel, die wir für eine Politik der Liquidation des Todes aufbringen mußten, für eine Politik der Stärkung des Lebens aufbringen.

Lassen Sie mich Ihnen zurufen: Wir haben keinen Grund, kleinmütig, kleingläubig oder verzagt zu sein. Lassen wir uns von Spöttern und Schimpfern, Scheltern und Schmähern am Wegesrand nicht beirren. Wir haben eine großartige historische Leistung vollbracht.

In unserer Partei gibt es keinen Moskau-Flügel, keinen Helsinki-Flügel und keinen kleinen Washington-Flügel. Ich habe den großen Vorzug, daß ich nicht drei Flügel zusammenhalten und zum Schluß noch vor dem linken Flügel hermarschieren muß.

In Fragen des Friedens, der Freiheit unserer Gesellschaft und Deutschlands stehen wir nahtlos und geschlossen wie eine Einheit, sind wir eine geschlossene Formation. Wer für eine gute Sache steht, der mag Rückschläge erleiden, Schrammen und Blessuren — ich bin es über 30 Jahre meines Lebens gewohnt —, aber er verliert nie den inneren Kompaß, er verliert nie das Gefühl für den rechten Kurs, und er verliert nie die Selbstzuversicht, das Gefühl, für eine gute Sache zu stehen, gestanden zu haben, heute zu stehen und morgen zu stehen.

Nachdem ich heute vor langfristigen Entwicklungen gewarnt habe, will ich mit einem Zitat die Rede beschließen:

Es mag 50 Jahre dauern, bis politische Mißgriffe offenkundig werden und ihre letzten Konsequenzen tragen. Aber schließlich legt die Geschichte die Rechnung für jeden Fehler vor, und sie ist peinlicher dabei als unsere Preußische Oberrechnungskammer. Dann wird man erst in der Öffentlichkeit den Bruchpunkt sehen, von dem aus das Unheil seinen Anfang nahm. So Otto v. Bismarck „Gedanken und Erinnerungen“.

Heute sind wir an einem Bruchpunkt. Es liegt an unserer Stärke, an unserer Entschlossenheit, an unserem Kampfeswillen, den Bruchpunkt zu überschreiten, die Straße nach dem Guten, nach Frieden und Freiheit zu finden und nicht den Weg der Unterwerfung, der Gefährdung und, zum Schluß, den Weg des totalen Risikos zu gehen. Auch uns wird die Geschichte diese Rechnung vorlegen. Fehler der Innenpolitik können korrigiert werden; Fehler der Außenpolitik werden oft erst nach Ablauf einer Generation — und darum habe ich heute vor langfristigen Prozessen gewarnt — in ihrer verhängnisvollen Dramatik und in ihrer irreparablen Folgerichtigkeit offenkundig.

Ich sage nicht: Wir werden siegen, weil wir siegen müssen. — Aber ich sage: Wir können siegen, wenn wir siegen wollen, und wir werden siegen, weil wir siegen wollen.